

Mayer, Otto Gustav

Article — Digitized Version

Jenseits der Konjunktur

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto Gustav (1977) : Jenseits der Konjunktur, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 6, pp. 270-271

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135075>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

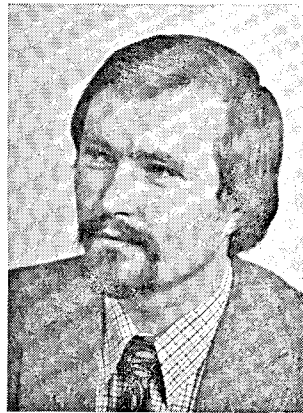
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Jenseits der Konjunktur

Auch im dritten Nachrezessionsjahr ist ein wesentlicher Abbau der Arbeitslosigkeit nicht zu erkennen, und selbst bei günstiger Konjunktur dürfte das Wachstum des Sozialproduktes nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren im erwünschten Maße zu reduzieren. Diese fatale Lage führt leider weniger zu einer systematischen und tiefgehenden Diskussion über Ausmaß, Struktur und zeitliche Dimension des Beschäftigungsproblems sowie über denkbare Lösungswege als zu psychologisch verständlichen Erscheinungen der Verdrängung und der Hoffnung auf die Wiederkehr glücklicherer Tage.

Ein eklatantes Beispiel für ersteres lieferte der hessische Wirtschaftsminister in einem Spiegel-Interview. Nach Abzug von einigen Tausend Schulabgängern, etwa 6 000 Ausländern, 3 700 Jugendlichen unter 20 Jahren, 2 500 älteren Mitbürgern, die 59 Jahre und älter sind, von 2 000 Behinderten und 20 % der Arbeitslosen, die aus Gesundheitsgründen nicht voll verwendbar seien, von den rund 40 000 männlichen Arbeitslosen in Hessen bleiben für ihn „als Beispiel“ rund 20 000 arbeitslose Männer übrig – gemessen an der Gesamtzahl der männlichen Beschäftigten also etwa 1,5 %. Sein Beispiel erinnert etwas an den Kalauer, bei dem von der Gesamtbevölkerung so lange diverse Bevölkerungs- und Berufsgruppen abgezogen werden, bis letztlich nur noch zwei Personen übrigbleiben, die produktiv arbeiten – nämlich Sie und ich.

Von ähnlich qualitativem Wert sind manche Debatten über Arbeitsscheu und Arbeitsunwilligkeit. Teilweise scheint es, als ob die Arbeitslosigkeit nicht eine Folge von Fehlentwicklungen oder einer Krise ist, sondern die böswilligen Arbeitslosen selbst der Grund sind, daß die Statistik nicht besser wird. Sicherlich gibt es „schwarze Schafe“, doch sollte man auch daran denken, daß nach einer Untersuchung des Kölner Instituts zur Erforschung Sozialer Chancen sich rund 80 % der Arbeitslosen direkt und eigeninitiativ um eine neue Stelle bemühen – und nur rund 10 % dies nicht tun – und erstere dabei bereit sind, zum Teil erhebliche Behinderungen oder eine geringer bezahlte Stelle in Kauf zu nehmen. Auch kann die vielleicht provokative Frage gestellt werden, ob einem „Arbeitsunwilligen“ in einem doch im übrigen auf das Ausnutzen von Chancen ausgerichteten System der Vorwurf gemacht werden soll, daß er die durch den Gesetzgeber geschaffenen Möglichkeiten ausnutzt. Ist nicht der Gesetzgeber bzw. die Exekutive aufgerufen, die Rahmendaten so abzuändern, daß diese Ausnutzung zu Lasten der Gemeinschaft ausgeschlossen wird?

Ein weiterer Vorwurf betrifft die „Unwilligkeit“, die sich in der immer wieder beklagten Immobilität der Arbeitnehmer äußert. Es ist sicherlich richtig, daß durch eine noch stärkere berufliche, betriebliche, räumliche usw. Mobilität eine – wenn auch quantitativ kaum zu spezifizierende – Abnahme der Arbeitslosenzahl erwartet werden kann. Vielleicht sollte man sich aber auch vor Augen halten, daß die Forderung nach mehr Mobilität letztlich Ausfluß der theoretischen Konzeption eines Punktmarktes ist, auf dem die Produktionsfaktoren zeit- und raumlos bei völlig flexiblen Faktorpreisen den produktivsten Verwendungen zugeführt werden – bei gegebenem Umfang und Struktur der Nachfrage.

Nun ist der Mensch – auch in seiner Funktion als Produktionsfaktor – weder zeit- noch raumlos, geschweige denn ohne soziale Bindungen. Es liegt nicht nur ein

geringer Widerspruch vor, wenn einerseits der Verlust an ethischen, sozialen und landsmannschaftlichen Bindungen sowie die Isolation und Uniformität der heutigen Gesellschaft beklagt sowie mehr Lebensqualität gefordert wird, andererseits aber genau dies in anderem Teilzusammenhang wieder vergessen wird. Man sollte sich davor hüten, die gar nicht selten anzutreffende Eigenart von Wirtschaftswissenschaftlern, der Realität mangelnde Modelltreue vorzuwerfen, zur Richtschnur politischen Handelns zu machen.

Hinsichtlich der Mobilität sollte auch nicht übersehen werden, daß im Zuge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Arbeitsmarkt statischer geworden ist und die Rezession diese Tendenz noch verstärkt und verfestigt hat. Mit der zunehmenden Größe der Unternehmen, der verstärkten innerbetrieblichen und damit betriebsspezifischen Ausbildung und Qualifikation der Arbeitnehmer, den steigenden Kosten für Anwerbung, Einarbeitung und Weiterbildung der Arbeitnehmer eines Unternehmens werden sowohl die Arbeitnehmer inflexibler als auch die Unternehmen, die aus Kostengründen versuchen, möglichst mit einer festen Stammebelegschaft zu arbeiten und Produktionsschwankungen stärker durch Überstunden oder Kurzarbeit auszugleichen. Damit verlieren einerseits steuerliche und andere Investitionshilfen an Wirkung, andererseits verschlechtern sich für manche von der Rezession besonders betroffenen Problemgruppen die Chancen für eine Wiedereingliederung: für Frauen und ältere Arbeitnehmer wegen vermuteten baldigen Ausscheidens, für Jugendliche, weil sie keine oder noch keine betriebsspezifische Qualifikation aufweisen. Je länger nun die Arbeitslosigkeit im gegenwärtigen Ausmaß andauert, desto deutlicher bildet sich durch derartige Selektionsprozesse nach individuellen und sozialen Merkmalen ein „harter Kern“ von langfristig Arbeitslosen heraus. Neben den genannten Gruppen werden von diesem Verdrängungsprozeß auf dem Arbeitsmarkt vor allem auch ungelernete und angelehrnte Arbeitnehmer betroffen, da nicht übersehen werden kann, daß die hohen Wiedereingliederungsraten von Facharbeitern teilweise auch auf ein Einsickern in bisherige Beschäftigungsbereiche weniger qualifizierter Arbeiter zurückzuführen sind.

Alle Maßnahmen, die zu einer besseren Bildung und Ausbildung führen und Umschulungen erleichtern, sind daher ein Schritt in die richtige Richtung, um die Aufnahme und Wiedereingliederung dieser Gruppen in das Berufsleben – zumindest mittelfristig – zu fördern. Auch gegen eine Vorverlegung der flexiblen Altersgrenze spricht im Prinzip wenig, wenn sie in erster Linie als langfristige sozialpolitisch wünschenswerte Einrichtung angesehen wird und zweitens klar ist, daß entweder entsprechende versicherungsmathematische Abzüge von der Rente vorgenommen oder die aktiven Beitragszahler relativ stärker belastet werden. Allein als kurzfristige arbeitsmarktpolitische Maßnahme – wie sie heute größtenteils vorgeschlagen wird – ist sie untauglich, da nur sehr unsichere kurzfristige Effekte mit Problemen auf lange Sicht erkaufte werden. Das gleiche gilt im verstärkten Maße für ein Mutterschafts- oder Erziehungsgeld. So diskutabel solche Maßnahmen unter familien- und sozialpolitischen Aspekten auch sind, so verfehlt ist ihre Begründung mit der jetzigen Arbeitsmarktsituation. Derartige sozialpolitische Maßnahmen, wenn man sie für sinnvoll und wünschenswert hält, müssen auf langfristig realistische wirtschaftliche Erwartungen und Belastungen bauen. Das Rentenversicherungsdebakel sollte hier warnendes Beispiel sein.

Inwieweit allerdings die heute im Zusammenhang mit den vorgeschlagenen Maßnahmen gehegten mittelfristigen Wachstumserwartungen realistisch sind, ist eine sehr offene Frage. Es geht hier nicht um einen mehr oder weniger vordergründigen Wachstumspessimismus. Nur helfen Rechenkunststücke und -beispiele dafür, wie hoch bei gegebenen Strukturen und Tendenzen die „Investitionslücke“ sein wird, die verhindert, daß alle Arbeitswilligen auch Arbeit finden, nicht weiter, solange man nicht weiß, wie diese Lücke geschlossen werden sollte, und sie allein Anlaß ist, nach den Rezepten und Konzepten der 50er Jahre zu rufen. Das gleiche gilt allerdings auch für den statischen Ansatz, die bei gegebener Struktur anscheinend relativ geringer werdende Zahl von Arbeitsplätzen auf die Arbeitswilligen umzuverteilen. Heute rächt sich leider, daß wir über zweieinhalb Jahrzehnte rapiden Wachstums versäumt haben, intensiver über die Zusammenhänge zwischen Struktur, Beschäftigung und Wachstum sowie über die Optionen einer spätindustriellen Gesellschaft nachzudenken.